

Bericht zum Ingenieurtag 2010 des ZVI Bayern am 01.10.2010

Neben dem Vorstand des ZVI Bayern, den Vorständen der angeschlossenen Mitgliederverbände und mit mir ca. 140 Ingenieurinnen und Ingenieuren waren der Vize Präsident der Bundesingenieurkammer, der Präsident der Hochschule München sowie Vertreter aller Fraktionen des Bayerischen Landtages anwesend.



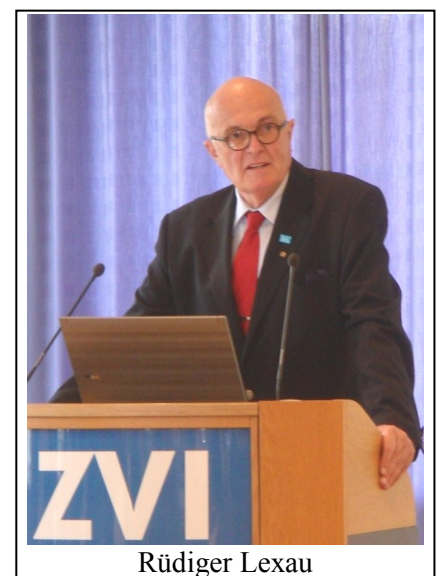
Teilnehmer des Ingenieurtages 2010 im Versammlungsraum des LVG
(Landesamt für Vermessung und Geoinformation, München)

Ablauf:

Begrüßung

Dipl.-Ing. (FH) Rüdiger Lexau (Vorsitzender des ZVI Bayern)

Herr Lexau begrüßte die Teilnehmer und die Ehrengäste und fasste zusammen, welche Bedeutung die Ingenieure für unsere technisierte Gesellschaft haben. Er bedankte sich bei den anwesenden Politikern und besonders bei Frau Ingrid Heckner für die erfolgreiche Verabschiedung des Neuen Bayerischen Dienstrechtes. Frau Heckner habe in vielen Einzelpositionen positive Beiträge geleistet. Es sei das modernste Dienstrecht, das bisher in Deutschland beschlossen worden sei. Mit Hilfe der neuen modularen Qualifikation ist eine Durchgängigkeit in die nächst höhere Qualifikationsebene realisierbar.



Rüdiger Lexau

Grußwort

Dipl.-Ing. Peter Schramm Vize Präsident des LVG (Landesamt für Vermessung und Geoinformation)

Herr Schramm bedankt sich für die guten Beziehungen zu den Ingenieurverbänden. Er weist darauf hin, dass das Bewusstsein der Bevölkerung für die Nutzung nachhaltiger Rohstoffe ebenso wächst wie die Bedeutung des Ingenieurwesens. Im Landesamt für Vermessung und Geoinformation besitzen mehr als 50% der Mitarbeiter eine Ausbildung zum Ingenieur.



Peter Schramm

Ingenieurdienstleistungen für die Gesellschaft

Dipl.-Ing. Ingolf Kluge (Vizepräsident der Bundesingenieurkammer Berlin, zuständig für Sicherheits- und Gesundheitsschutz an Baustellen)

„Kein Ding ohne ING“ – das Schlagwort, das Herr Kluge in den Ring warf. Der deutsche Begriff „Dipl.-Ing.“ eingeführt und erzielte in den folgenden 100 Jahren zunehmende internationale Bedeutung. Der international bekannte Begriff „Dipl.-Ing.“ wurde ohne Not aufgegeben und durch neue Begriffe ersetzt. Mit Einführung des Bachelor und Master taucht nun die Frage nach der Berufsqualifikation auf. Die bisherige Bezeichnung „Dipl.-Ing.“ sollte ergänzend zu den neuen Bezeichnungen zulässig sein und festgelegt werden. Zur Identifizierung und Qualifizierung wird der Ingenieurausweis entwickelt und es soll ein Ingenieur-Register eingeführt werden.

Der zunehmende, bedrohlich wachsende Mangel an Ingenieuren gefährdet den Industrie Standort Deutschland. MINT-Akademiker bestehen zu 70% aus Ingenieuren. Die Politik sei aufgefordert, Voraussetzungen für eine bessere Attraktivität des Ingenieurwesens zu schaffen, um von dort die bestehenden Nachwuchsprobleme anzugehen.



Ingolf Kluge

Prof. Dr.-Ing. Michael Kortstock (Präsident der Hochschule München)

Herr Prof. Kortstock stellte mit Hilfe einer PP-Datei spritzig, humorvoll und umfassend die sozialdemografischen Merkmale, die Berufs- und Branchenflexibilität, die Entwicklung des Arbeitsmarktes, den Demografie bedingten Ersatzbedarf, Einstellung von Absolventen (Bachelor/Master) in der Industrie, im Mittelstand und im öffentlichen Dienst, die fehlenden Daten für eine Vergleichbarkeit der alten und neuen Studienabschlüsse des Ingenieurwesens in Deutschland dar. In Bayern führt das Studium zum Bachelor in 7 Semestern zur Berufsbefähigung. In Deutschland scheiden altersbedingt jährlich 36.000 Ingenieure aus dem Berufsleben aus. Demgegenüber wachsen die offenen Stellen für Ingenieure bis 2023 auf 48.000/Jahr. Die Fachhochschule München steigert in 2011 im MINT-Bereich die Studienplätze von jetzt 3.500 auf 4.900, um in 2011 den doppelten Abitur-Jahrgang aufzufangen und mittelfristig auf einen erhöhten Ausbildungsbedarf vorbereitet zu sein.

Das MINT-Wissen verdoppelt sich alle 5 Jahre. Zum Studieninhalt gehört deshalb auch zu lernen, sich ständig neues Wissen anzueignen. Bereitschaft zur Mobilität ist einer der dazu erforderlichen Faktoren. Verlässlichkeit von Begriffen wie Dipl.-Ing., Bachelor und Master und die Nachhaltigkeit von Rohstoffen sind für die Hochschulen, für die Professoren und für die Studenten von MINT-Berufen von herausragender Bedeutung.

Der Bachelor und Master an unseren Hochschulen muss wie der Dipl.-Ing. mit dem bekannten Label „Made in Germany“, und damit mit höchster Qualität im internationalen Vergleich verknüpft werden können.



Prof. Michael Kortstock

Dienstrechtsreform 2010

Dipl.-Ing. (FH) Christian Drexl (Stv. Vorsitzender des ZVI Bayern)

Herr Drexl zählte die vielfältigen Mängel der Dienstrechtsreform auf, die er den hierzu zuständigen Politikern und dem dazu zuständigen Bayerischen Staatsministerium der Finanzen in den Jahren vor Verabschiedung der Dienstrechtsreform vergeblich vor Augen geführt hatte. Die dazu passenden ausweichenden und unsachlichen Antworten des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen zeigten die Probleme auf, mit denen die bayerischen Verbände gegenüber der Politik der Landesregierung zu kämpfen haben. Danach ergeben sich folgende Irrtümer des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, um deren Aufklärung sich jetzt auch Ex-Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel bei Finanzminister Fahrenschon bemüht. Irrtümer:

1. Studiendauer an Fachhochschulen und Beamten-FH sei identisch.
2. Vorbereitungsdienste existieren angeblich nicht und wenn, dann seien sie nicht höher qualifizierend!
3. Das Berufs-Einstiegsalter sei im Mittel 25 Jahre und deshalb sei die Eingruppierung nach Stufe 2 richtig.
4. Der Gehaltsunterschied im Einstiegsamt des gtD und htD bleibe zwischen altem und neuem Recht gleich (Referenz A10 zu A13 in der 4. Stufe - Differenz alt: ~800,-€, neu: ~1.100,-€).
5. Das Eingangsamt A11 für Dipl.-Ing. (FH) bzw. Bachelor of Engineering verursacht angeblich Mehrkosten in Höhe eines 2-stelligen Millionenbetrags. Richtig ist: Einstellung von 60 Ingenieuren/Jahr = 166.667 €.)

Herr Drexl erwähnte einzelne Politiker, die in Zusammenarbeit mit den Verbänden auch zu positiven Aspekten der Dienstrechtsreform beigetragen hatten.

Mit Hilfe einer schriftlich ausgearbeiteten Vorlage wies Herr Drexl nach, dass die Ingenieure in der Bayerischen Dienstrechtsreform mit Abstand die größten Verlierer sind und es die bayerische Staatsregierung versäumt hat, einen Schritt zur Verbesserung der Attraktivität des gehobenen technischen Dienstes zu gehen.

Vom Zeitpunkt des Abiturs an gerechnet erzielt anschaulich dargestellt und nachgewiesen nach 10 Jahren ein Diplom-Verwaltungswirt ein Gesamt-Bruttoeinkommen von **238.634,- EUR**

ein Verwaltungsinformatiker ein Gesamt-Bruttoeinkommen von **250.629,- EUR**

ein Diplom-Ingenieur (FH) ein Gesamt-Bruttoeinkommen von **133.272,- EUR** und ein

ein Bachelor of Engineering ein Gesamt-Bruttoeinkommen von **165.731,- EUR**.

Als zusätzliche Benachteiligung des in aller Regel extern studierten Diplom-Ingenieur (FH) und des Bachelor of Engineering kommt hinzu, dass ein abschlagsfreier Antragsruhestand ab dem 64. Lebensjahr unerreichbar ist, für Absolventen von Beamtenfachhochschulen ist ein vorzeitiger abschlagsfreier Altersruhestand jedoch selbstverständlich möglich. Die Verbesserungen der Durchlässigkeit zwischen den Qualifikationsebenen der modular ausgestalteten Leistungslaufbahn sind wegen der unzureichenden Planstellensituation nur in seltenen Ausnahmefällen tatsächlich nutzbar.

Vielfältige Möglichkeiten und Vorschläge der Verbände zum Nachteilsausgleich dieses materiellen Rückstandes und der weiteren Benachteiligungen oder sogar zur Steigerung der Attraktivität des Ingenieurberufes im Verwaltungsdienst blieben in der Dienstrechtsreform unbeachtet, wie sie nun zum 01.01.2011 in Kraft treten wird.



Christian Drexl

Grußworte der Politiker aller Fraktionen des Bayerischen Landtages

Ingrid Heckner

(MdL, CSU, Vorsitzende des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Berufsschullehrerin)

Frau Heckner zählte die möglich gewordenen ehrgeizigen Zielsetzungen auf, die sich der bayerische Landtag nach Inkrafttreten der Föderalismusreform am 1. September 2006 zur Gestaltung der Dienstrechtsreform vorgegeben hatte. Die Reform sollte vor allem ein flexibles und leistungsorientiertes Dienstrecht schaffen und die hergebrachten starren Laufbahnschranken beseitigen. Sensitivität für alle Notwendigkeiten und zur Beseitigung von Schiefen ist vorhanden. Doch alle echten Verbesserungen müssen mit Finanzmitteln hinterlegt werden, wenn sie wirkungsvoll sein sollen. Hierzu wurden vom bayerischen Staatshaushalt 240.000,-EUR / Jahr bereitgestellt und es stellte sich schnell heraus, dass Prioritäten gesetzt werden mussten, da dieser Betrag nur einmal im Jahr bereit steht. Durch die Verbesserung der Planstellensituation der Lehrer war dieser Betrag bereits verbraucht.



Ingrid Heckner

Hinsichtlich der noch unausgewogenen und ungerechten Einstufung der Ingenieure im bayerischen öffentlichen Dienst wird sich in Zukunft etwas tun, auch um mehr höher bewertete Dienstposten zu schaffen und den aktuellen Flaschenhals zu beseitigen. Das neue bayerische Dienstrecht wurde unter der Prämisse einer 2-jährigen Evaluierungsphase beschlossen. Das bedeutet, dass Ende 2012 festzustellen ist, wie sich die Festlegungen der Dienstrechtsreform ausgewirkt haben werden. Danach sollen die künftigen Rahmenbedingungen ausgerichtet bzw. nachjustiert werden.

Frau Heckner stellte fest, dass die von Herrn Christian Drexl vorgelegten Zahlen immer korrekt seien. Die Interpretation dieser Zahlen könne sie aber nicht immer teilen und habe daher dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen zugestimmt. Zu weiteren konstruktiven Gesprächen sei sie immer bereit. (Anmerkung: In 2013 werden in Bayern Landtagswahlen stattfinden, zu denen wieder Versprechungen möglich sind.)

Prof. Dr. Georg Barfuß (MdL, FDP, Professor für Wirtschaftspolitik)

Herr Prof. Barfuß hält die aktuelle Einstufung der Dipl.-Ing. (FH) für ungerecht. Er setzt sich für deren Einstufung bei A11 ein, wobei er die Einstufung der Grundschullehrer bei A12 belassen möchte. Er hält es für erforderlich, dass bei der Einstufung der Dipl.-Ing. (FH) nachgebessert wird. In Hinblick auf die beschlossene Evaluierungsphase hatte die FDP jedoch der aktuellen Fassung der bayerischen Dienstrechtsreform zugestimmt.



Adi Sprinkart (MdL, Bündnis 90/Die Grünen, Ausbildung zum Industriekaufmann, Landwirtschaftsmeister, Dipl. Soz.Päd. (FH))

Herr Sprinkart ist sich sicher, dass sich die Eingangsstufe des Dipl.-Ing. (FH) nach der Evaluierungsphase ändern wird. Herr Sprinkart hält die Zahlen und die Interpretation, wie der ZVI Bayern sie dem Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes des bayerischen Landtages und dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen vorgelegt und interpretiert hat für sachlich korrekt und eindeutig richtig. Hier erweist sich, dass Recht haben und Recht bekommen weit auseinanderklaffen können. In der Industrie erhalten die Absolventen von Fachhochschulen das Doppelte des Anfangsgehaltes im öffentlichen Dienst. Ein Vergleich ist auch deshalb nicht möglich. Diese Diskrepanz darf nicht noch weiter wachsen. Seine Partei hatte der Dienstrechtsreform nicht zugestimmt.



Bernhard Roos (MdL, SPD, Gewerkschaftssekretär, Volljurist)

Herr Roos stellte fest und bestätigte die Feststellungen von Herrn Drexl, dass die Gewinner der Dienstrechtsreform bereits oben sitzen. Sie gehören der vierten Qualifikationsebene an. Verlierer sind alle darunter. Wenn zu einer Reform keine finanziellen Ressourcen hinzugepackt werden, dann handele es sich um ein Täuschungsmanöver. Die vorgesehenen 240.Mio EUR wurden nur für die Lehrer verplant. Die SPD hatte der Reform deshalb nicht zugestimmt.



Günther Felbinger (MdL, *FW*, Dipl.-Sportlehrer)

Herr Felbinger ist sich der Bedeutung der Ingenieure in der Gesellschaft und im öffentlichen Dienst sehr bewusst und seine Partei hatte versucht, dies im neuen Dienstrecht adäquat zu berücksichtigen. Die FW haben dem neuen Dienstrecht nur in Hinblick auf die Evaluierungsphase zugestimmt obwohl Handlungsbedarf gesehen wird. Eine notwendige Strukturdebatte hat nämlich noch nicht stattgefunden. Das Gesetz muss deshalb inhaltlich noch überprüft und es muss nachjustiert werden. Es darf keine grundlegenden Benachteiligungen gegenüber der freien Wirtschaft geben um den Ingenieurnachwuchs im öffentlichen Dienst zu sichern.

**Zusammenfassung und Schlusswort****Dipl.-Ing. (FH) Rüdiger Lexau** (Vorsitzender des ZVI Bayern)

Herr Lexau bedankte sich bei den Referenten und Politikern für Ihre Ausführungen. Es sei das erste Mal gelungen, Sprecher aller im bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen am Ingenieurtag versammeln zu können. Die wegen der vielfältig aufgetretenen kontroversen Auffassungen teilweise vermisste Podiumsdiskussion hatte er mit Bedacht vermieden. Jetzt gelte es nach vorne zu blicken und die Evaluierungsphase zu nutzen. Die Evaluierungsphase soll für eine Strukturanalyse genutzt werden, die noch durchzuführen ist. In die Vergangenheit zu schmollen ist nicht zielführend.